

ANLAGE VwRehaG

Angaben zum Antrag auf verwaltungsrechtliche Rehabilitierung:

<p>1. Sind Sie durch einen <u>unrechtmäßigen</u> Eingriff von Staatsorganen, Parteien oder gesellschaftlichen Organisationen im Beitrittsgebiet (Gebiet der ehemaligen DDR bzw. sowjetischen Besatzungszone) in der Zeit vom 08. Mai 1945 bis zum 02. Oktober 1990 in folgenden Rechtsgütern</p> <p><input type="checkbox"/> Gesundheit/Leben</p> <p><input type="checkbox"/> Vermögen</p> <p><input type="checkbox"/> Beruf</p> <p>erheblich beeinträchtigt worden?</p>
<p>2. <u>Welches</u> Staatsorgan, welche Partei oder gesellschaftliche Organisation hat die Maßnahme seinerzeit veranlaßt/angeordnet?</p> <p>.....</p> <p>.....</p>
<p>3. In welcher Form erging diese Maßnahme? (Schriftlich, mündlich oder auf welche andere Weise?) <i>(Bitte, soweit möglich, Bescheide, Schreiben etc. beifügen.)</i></p> <p>.....</p> <p>.....</p>
<p>4. Zählen Sie zu den Zwangsausgesiedelten?</p> <p><input type="checkbox"/> Ja, ich wurde aufgrund der Verordnung vom <input type="checkbox"/> Nein (weiter mit Nr. 9)</p> <p><input type="checkbox"/> 26.05.1952</p> <p><input type="checkbox"/> 24.08.1961 zwangsausgesiedelt.</p>
<p>5. Wenn ja, von welchem Ort wurden Sie wohin zwangsweise umgesiedelt?</p> <p>von nach</p> <p>von nach</p> <p>von nach</p> <p>(Bitte soweit vorhanden, Nachweise über die Zwangsaussiedlung beifügen.)</p>
<p>6. Wann erfolgte die Zwangsaussiedlung?</p> <p>am:</p>
<p>7. Konnten Sie später wieder an Ihren Heimatort zurückkehren?</p> <p><input type="checkbox"/> Ja, am <input type="checkbox"/> Nein</p>
<p>8. Schildern Sie bitte, welche Nachteile Sie durch die Zwangsaussiedlung erlitten haben und wie sich diese Nachteile für Sie noch heute schwer und unzumutbar auswirken:</p> <p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p> <p>..... (weiter mit Nr. 14)</p>
<p>9. Wenn Sie nicht zu den Zwangsausgesiedelten gehören, worin bestand der staatliche Eingriff in Ihrem Fall?</p> <p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p>

14. Waren mit der Zwangsaussiedlung / der Verfolgungsmaßnahme Enteignungsmaßnahmen verbunden?

- Nein Ja
- Ein-/Zweifamilienhaus
 - Mehrfamilienhaus
 - Grundstück
 - landwirtschaftlicher Betrieb
 - land-/forstwirtschaftliche Nutzflächen
 - gewerblich genutztes Grundstück
 - sonstige(r) Vermögenswert(e):

.....
Bitte bezeichnen Sie den entzogenen Vermögenswert möglichst genau (z.B. genaue Lage der enteigneten Immobilie, Angaben zur Grundbucheintragung, Flurstück-Nr., Katasteramt-Nr., ggf. weiterführende Informationen). Falls vorhanden, bitte eine **Kopie des Grundbuchauszugs beifügen**.

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

15. Wurde Ihnen die enteignete Immobilie zurückgegeben?

- Ja, am Nein

16. Welche Folgeansprüche möchten Sie geltend machen?

- Versorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz für eine infolge des oben dargestellten Sachverhalts erlittene gesundheitliche Schädigung
- Leistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz für eine infolge der dargestellten Maßnahme erlittene berufliche Benachteiligung (Bitte Anlage(n) BerRehaG ausfüllen)
- Ansprüche nach dem Vermögensgesetz auf Rückübertragung/Rückgabe oder auf Entschädigung von entzogenen Vermögenswerten; hierfür wird eine Bescheinigung über die Antragstellung zur Vorlage bei den Vermögensämtern benötigt.

17. Haben Sie wegen der rechtswidrigen Maßnahme, die Gegenstand dieses Antrages ist, bereits früher einen Antrag gestellt?

(Gegebenenfalls Antragsdurchschriften, Bescheid(e), Beleg(e) beifügen.)

- Ja, ein Verfahren zur Behebung des Nachteils ist bereits beantragt:
Antrag vom bei
..... (bitte Behörde angeben)
 - Benachteiligung konnte in diesem Verfahren bereits völlig/annähernd ausgeglichen werden
 - Ein Anspruch wurde abgelehnt durch Entscheidung des/der
..... vom
- Nein, es wurde bisher kein Verfahren eingeleitet.

18. Haben Sie wegen der Auswirkungen der rechtswidrigen Maßnahme, die Gegenstand dieses Antrages ist, bereits Ausgleichsleistungen erhalten?

Nein Ja aufgrund

in Höhe von

(In diesem Zusammenhang sind auch Entschädigungsleistungen von Dienststellen der ehemaligen DDR und im Falle einer Zwangsaussiedlung etwaige Ersatzgrundstücke anzugeben. Bitte Nachweise -soweit vorhanden- beifügen.)

Ich versichere nach bestem Wissen und Gewissen, dass meine Angaben richtig und vollständig sind.

Ich bin damit einverstanden, dass - unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen - alle zur Bearbeitung meines Antrages notwendigen Recherchen (z. B. beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, in Kreis- und Staatsarchiven) vom Thüringer Landesverwaltungsamt durchgeführt werden, Personalakten und sonstige für die Bearbeitung meines Antrages notwendigen Akten angefordert und von entscheidungserheblichen Schriftstücken Fotokopien gefertigt werden.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift